



Ausschuss für Kultur und Medien

49. Sitzung (öffentlich)

6. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:37 Uhr bis 12:18 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Einzelplan 02
Erläuterungsband
Vorlage 17/3970

Einzelplan 06
Erläuterungsband
Vorlage 17/3967

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/11101

– Einbringung durch StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei)

– Einbringung durch Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)

– Wortbeiträge

a) Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien) 3

b) Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv, Archivwesen) 9

c) Weiterer Beratungsverlauf 15

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, für den 13. November 2020 zwischen 8:30 Uhr und 10 Uhr eine zusätzliche Sitzung anzusetzen, um die zweite Beratung über den Haushaltsplan und die Finanzplanung durchführen zu können.

2 Auswirkungen der Coronaschutzverordnung auf die Kultur- und Medienbranche (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 17

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Verschiedenes 24

a) Sitzungstreichung 24

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, die ursprünglich für den 27. November 2020 vorgesehene Sitzung zu streichen.

b) Übertragungskapazitäten 24

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen 17/4006 und 17/4009, in denen es um die Zuordnung von Übertragungskapazitäten geht, zur Kenntnis.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

Einzelplan 02
Erläuterungsband
Vorlage 17/3970

Einzelplan 06
Erläuterungsband
Vorlage 17/3967

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/11101

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11100 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

(Überweisung der Finanzplanung Drucksache 17/11101 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse am 07.10.2020)

Vorsitzender Oliver Keymis erinnert an die Vereinbarung, sich bei dieser ersten Beratung der beiden Einzelpläne auf Verständnisfragen zu beschränken.

a) Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien)

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) berichtet:

Sehr gerne will ich heute die Gelegenheit nutzen, Ihnen den Entwurf des Medienhaushalts im Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten mündlich vorzustellen. Sie hatten ja alle bereits Gelegenheit, den Erläuterungsband zu lesen.

Auch im kommenden Jahr wird uns die Pandemie sicher noch beschäftigen, weshalb dieser Haushalt unter besonderen Vorzeichen steht. Bevor ich auf den Haushaltsentwurf im Einzelnen eingehe, möchte ich daher die Gelegenheit nutzen, die Dinge in Erinnerung zu rufen, die wir im Kontext der Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Bereich Medien in die Wege geleitet haben.

Sie wissen, dass wir im laufenden Jahr auf Grundlage des Medienkapitels Mittel in Höhe von 350.000 Euro für den „Solidarpakt Lokalfunk NRW“ mobilisiert haben; die Landesmedienanstalt hat aus ihrem Etat die gleiche Summe bereitgestellt. Das war

ein überaus wichtiges Zeichen für die Lokalradios in unserem Land und für die Beschäftigten. Wir befinden uns dazu in einem andauernden Austausch mit den Veranstaltern. Ich hatte bereits ausgeführt, dass wir an diesem Modell eines Solidarpakts, an den sich alle Akteure gebunden fühlen und an dem alle Akteure mitwirken, weiter arbeiten sollten, um in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wir haben außerdem erfolgreich dafür gestritten, dass es zusätzliche Bundesmittel für den Lokalfunk gibt. Die Landesmedienanstalt ist derzeit dabei, die entsprechende Förderung vorzubereiten bzw. zu finalisieren, damit diese dann auch abgewickelt werden kann.

Zudem werden wir im Kontext der COVID-19-Pandemie weitere Mittel für die Medienwirtschaft in unserem Land aus dem Rettungsschirm mobilisieren. Das betrifft unter anderem die Ausfallfonds I und II des Bundes und der Länder sowie der Fernsehsender. An beiden Fonds wird sich das Land Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die Film- und Fernsehwirtschaft signifikant beteiligen. Wir haben uns schon bei der Entstehung des Auswahlfonds II federführend dafür starkgemacht, ein nennenswertes Signal an die Produzenten in unserem Land zu senden, um trotz der Unsicherheiten, die mit der COVID-19-Pandemie verbunden sind, Produktionen zu ermöglichen. So gibt es ein attraktives Fernsehprogramm, verbunden mit Wertschöpfung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Darüber hinaus haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss gestern eine Unterstützung der Kinos auf den Weg gebracht. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, die es unterstützen, 15 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, die den etwa 250 Kinos in unserem Land in dieser schwierigen Zeit helfen. Stand heute gehen wir davon aus, dass die Kinos im Dezember wieder öffnen können, aber das ist noch unsicher. Sie wissen, dass dazu in den nächsten Tagen und Wochen noch Beratungen zwischen Bund und Ländern anstehen. Klar ist, dass die Kinos in unserem Land schon jetzt nachhaltigen Schaden durch die Pandemie erlitten haben, den es aufzufangen gilt. Mit diesem Programm über 15 Millionen Euro konnten wir ein starkes Signal senden.

(Beifall von Andrea Stullich [CDU])

Nun komme ich zum Haushaltsentwurf 2021. Vorweg schicke ich, dass es angesichts der Unwägbarkeiten, die für unsere Medienschaffenden mit der Pandemie einhergehen, wichtig ist, dass dieser Haushaltsentwurf ein Signal der Kontinuität sendet. Gerade in diesen Zeiten haben Verlässlichkeit und Planungssicherheit einen besonderen Stellenwert. Diese Verlässlichkeit bezieht sich nicht nur auf die Höhe der Mittel, sondern auch auf die Schwerpunkte, da die Landesregierung bei denjenigen Schwerpunkten bleibt, die sie seit der Übernahme der Regierungsverantwortung gesetzt hat.

Ich möchte das anhand der verschiedenen Bereiche, in denen wir uns engagieren, kurz aufzeigen: Wir wollen weiter daran arbeiten, das Profil der Film- und Medienstiftung NRW als zentrale Förderagentur zu stärken. Dafür soll es trotz der Pandemie eine erneute Erhöhung der Fördermittel geben; um 1 Million Euro auf dann rund 17

Millionen Euro. Um zu verdeutlichen, welche Kraftanstrengungen mit diesem Mitteleinsatz, der nicht nur einmalig, sondern dauerhaft erfolgen soll, verbunden sind: Seit Regierungsantritt gab es bei der Film- und Medienstiftung eine Steigerung der Fördermittel um annähernd 80 %. Damit wird der zentrale Akteur unserer Film- und Medienlandschaft entscheidend gestärkt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Film- und Medienstiftung meinen Dank auszusprechen. Gerade während der Pandemie hat sie sich sehr erfolgreich als Anwalt bzw. Ratgeber der Film- und Medienbranche in unserem Land präsentiert. Das liegt auch daran, dass das normale Fördergeschäft bei allen zusätzlich aufgelegten und über die Film- und Medienstiftung erfolgreich abgewickelten Hilfsprogrammen trotzdem weitergeht. Es ist ein wichtiges Signal an die Produzenten, dass es Planungssicherheit gibt; so ist es auch für das kommende Jahr geplant.

Zur Games-Förderung: In diesem Jahr wurden mehr als 30 neue Games-Projekte mit fast 3 Millionen Euro gefördert. Das wollen wir auch für die Medienkompetenzförderung nutzen. Unser Computerspiel „Leons Identität“, mit dem wir bei der Bekämpfung von Radikalisierung im Internet neue Wege gehen, hat erfreulich hohe Abrufzahlen.

Nachdem er es über viele gamescoms hinweg angekündigt hatte und sich dafür feiern ließ, ist nun nach langer Wartezeit endlich auch der Bund in die Games-Förderung eingestiegen. Wie bereits angekündigt, werden wir die Games-Förderung von Bund und Land ohne Rücksicht auf etwaige Eitelkeiten der jeweiligen Regierungen aufeinander abstimmen, damit das Beste für die Branche dabei herauskommt und alles gut zusammenpasst.

Wenn der Haushaltsentwurf die Zustimmung des Landtags findet, werden wir trotz der Pandemie im kommenden Jahr mit dem Games-Kompetenzzentrum ein starkes Zeichen für die Games-Branche setzen können. Dafür stehen im Haushaltsentwurf 750.000 Euro bereit. Wenn wir ein Stück weiter sind, würde ich dazu gerne gesondert berichten, aber es zeichnet sich ab, dass wir unser Vorhaben, zu einer starken Partnerschaft von Industrie und öffentlicher Hand zu kommen, tatsächlich realisieren können. Das war nicht zu jedem Zeitpunkt sicher, und wir haben sehr intensiv daran gearbeitet. Ich bin froh, dass die Zeichen dafür momentan ganz gut stehen.

Auch im Zusammenhang mit Webvideos wollen wir neue Impulse setzen, dafür haben wir im Haushaltsentwurf 200.000 Euro eingeplant.

Wichtige Akteure unserer Förderung, gerade mit Blick auf die Vernetzung der Branche, sind auch die internationale filmschule, das Mediennetzwerk und das Mediengründerzentrum

In den Bereich der Veranstaltungen investieren wir üblicherweise rund 5 % unseres Medienetats. Wie Sie wissen, haben wir das Veranstaltungskonzept grundlegend überarbeitet und die Premiumformate – die ich jetzt nicht alle aufzählen will – entsprechend gestärkt bzw. ergänzt. Im laufenden Jahr haben wir natürlich nicht den üblichen Abfluss gehabt und die Mittel teilweise umgewidmet, um zu helfen. Dabei haben wir neue Erfahrungen mit Hybridformaten und rein digitalen Formaten gesammelt. Teilweise musste auch etwas abgesagt werden, weil das bei bestimmten

Formaten sinnvoll war. Ich bin voller Zuversicht, dass wir im kommenden Jahr von den Erfahrungen profitieren werden, die wir mit hybriden und digitalen Formaten gesammelt haben. Das liegt natürlich auch daran, dass es noch Ungewissheiten bei den Planungen gibt, aber ich denke, dass es auch nach der Pandemie sinnvoll sein wird, bei einigen Formaten parallel auf hybrid und digital zu setzen. Damit das gelingen kann, stehen wir mit den annähernd 40 Akteuren des Medien-Digital-Beirats des Landes im intensiven Austausch.

Für das Grimme-Institut ist die Landesregierung auch im kommenden Jahr ein verlässlicher Partner. Wie Sie wissen, haben wir die Struktur der Finanzierung etwas umgestellt, um unsere Landesmedienanstalt zu stärken, aber die betreffenden Mittel haben wir vollumfänglich durch Haushaltsmittel ersetzt, was wir auch weiterhin tun werden. Ich will nicht die Gelegenheit verstreichen lassen, dem Grimme-Institut für das zu danken, was in dieser schwierigen Pandemiesituation geleistet worden ist: Es gab im Zusammenhang mit dem Grimme Online Award und dem Tag der Medienkompetenz hier im Landtag Umstellungen und innovative Formate. Grimme wird sicherlich einer der Partner sein, mit denen zusammen wir die Lessons Learned definieren werden.

Im Zusammenhang mit der Medienvielfalt bzw. dem Journalismus hat es während der Krise natürlich eine Konjunktur gegeben, da sich der Bedarf an verlässlichen und journalistisch qualitätsvollen Informationen erhöht hat. Gleichzeitig aber verschärft die Krise die ohnehin schwierigen Refinanzierungsbedingungen in diesem Markt. Insofern bleibt es von zentraler Bedeutung, hier an guten Rahmenbedingungen zu arbeiten. Wir haben das mit dem Medienstaatsvertrag getan, der mittlerweile von allen Landesparlamenten gebilligt wurde.

Außerdem steht jetzt die nationale Umsetzung des EU-Urheberrechts an, ebenso die des Digital Services Act, bezüglich dessen die EU bald den nächsten Schritt geht. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen steht jetzt auch die Konkretisierung der Förderung für die Presseverlage an. Der Bund hat sich entschieden, das für eine kräftige Förderung der digitalen Transformationsprozesse in Zeitungsverlagen zu nutzen. Prinzipiell unterstützt die Landesregierung alles, was unserer Verlagslandschaft dabei hilft, weiterhin eine Plattform für Qualitätsjournalismus zu sein. Wir müssen aber darauf schauen, dass die Ausgestaltung im Bund nicht nur von Wunschen, sondern auch von dem Gedanken, der Zielgruppe tatsächlich helfen zu wollen, geprägt ist. Nach Gesprächen mit Verlagsvertretern einerseits und Bundespolitikern andererseits habe ich noch nicht den Eindruck, dass diese beiden Enden ganz zusammenpassen. Hier gilt es, einen gewissen Gap zu überwinden, woran wir als Landesregierung gerne mitwirken wollen.

Die Stärkung der Medienvielfalt steht auch im Zentrum unserer mehrjährigen Medienprojekte im Rahmen der Ruhr-Konferenz. Die Jugendredaktion Salon5, Mentoring@Ruhrgebiet von den Neuen deutschen Medienmacher*innen, die RuhrReporter, das CORRECTIV-Projekt zur Community-Relations-Software und das MediaLab Ruhr sind Projekte, die bereits gestartet sind oder sich in der Finalisierung befinden. Ich bin voller Zuversicht, dass das Leuchttürme für die zukünftige Sicherung des Lokaljournalismus sind.

Mit dem DigitalCheck wollen wir ein erfolgreiches Angebot im Bereich der Medienkompetenzförderung fortsetzen und ausweiten. Im Rahmen des DigitalChecks sind immerhin schon 600 Fortbildungsangebote von mehr als 90 Einrichtungen abrufbar; 100 Angebote davon sind online und somit pandemiegerecht. Wir werden die Verbreitung des Angebots weiter vorantreiben. Das soll unter anderem gelingen, indem wir mit dem neuen Preis #LernraumNRW besonders herausragende Formate zur Förderung der Medienkompetenz würdigen.

Auch der Freifunk soll nicht unerwähnt bleiben: Hier setzen wir die umfangreiche finanzielle Unterstützung fort und fördern damit zum einen bürgerschaftliches Engagement und zum anderen technisches Know-how, das als Grundlage für den Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher digitaler Teilhabe wichtig ist.

In einer sehr fruchtbaren Kooperation mit dem MKW treiben wir die Entwicklung im Zusammenhang mit dem CAIS voran, das wir zu einem Institut für Digitalisierungsforschung fortentwickeln wollen. Das Vorhaben ist im Wesentlichen im Einzelplan 06 etatisiert und erfreut sich großen Zuspruchs bei den Experten in diesem Bereich. Zuletzt gab es diverse Veranstaltungen im digitalen Format. Wir würden mittels des Einzelplans 02 gerne einen Beitrag leisten, um diesem Vorhaben zum Erfolg zu verhelfen.

Mit diesem Haushaltsentwurf senden wir zum einen ein klares Signal im Sinne der Kontinuität und der Verlässlichkeit und stärken zum anderen, trotz der widrigen Bedingungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, den Medienetat. Die Gesamtsteigerung des Medienetats um über 60 % seit 2017 ist ein starkes Signal an die Medienwirtschaft bzw. die Medienlandschaft in unserem Land. Das ist gerade in diesen Zeiten notwendiger denn je, und deswegen hoffe ich auf Unterstützung für diesen Entwurf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vorsitzender Oliver Keymis plädiert dafür, dass sich der Ausschuss dem Dank seines Vorredners für die besonderen Bemühungen von Akteuren wie der Film- und Medienstiftung und dem Grimme-Institut anschließen möge, da man, unabhängig von der Diskussion über einzelne Etatansätze, in diesen Krisenzeiten Zusammenhalt demonstrieren müsse.

Alexander Vogt (SPD) gibt an, zu einem späteren Zeitpunkt über die Details diskutieren zu wollen, aber schon jetzt einige Fragen zum Solidarpakt für den Lokalfunk zu haben. Im September sei die Beschäftigungsgarantie für die Lokalsender ausgelaufen, und derzeit fänden Verhandlungen statt, bei denen eine Reihe von Forderungen dazu im Raum stünden, die Etats insbesondere für freie, aber auch für festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu reduzieren. Angesichts seiner Ankündigung, den Solidarpakt fortführen zu wollen, möge StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) darlegen, wie er diese Situation bewerte. Müsse man mit Blick auf die Mitarbeitenden im Lokalfunk einen Abbau journalistischer Stellen und eine Verringerung der Medienvielfalt befürchten oder gebe es entsprechende Hilfs- bzw. Fördermöglichkeiten?

Aus den bisher an die Sender geflossenen 700.000 Euro ergäben sich 16.000 Euro pro Sender. Diese seien zudem nach dem Gießkannenprinzip und nicht nach Notwendigkeit gestaffelt verteilt worden und hätten in Verbindung mit der nicht mehr vorhandenen Beschäftigungsgarantie gestanden.

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) hebt hervor, dass Nordrhein-Westfalen mit seinem einmaligen Modell des Solidarpakts eine Vorreiterrolle einnehme und die übrigen Länder bisher nicht folgten. Es passe zu NRW, sich nicht darauf zu beschränken, staatliche Fördermittel zu verteilen, sondern auch die handelnden Akteure mit in die Verantwortung zu nehmen.

Ein Teil der Vereinbarung vom März bestehe in der Befristung bis Ende September, ein weiterer darin, im engen Austausch zu bleiben und die Beschäftigungsgarantie nach Möglichkeit bis zum Jahresende auszuweiten. Indem man nur zusage, was man auch einhalten könne, handle man verantwortungsvoll. Nachdem man als Land tätig geworden sei, was bei weitem nicht für alle Länder gelte, habe man sich erfolgreich für eine Bundesförderung eingesetzt. Dieses Geld gebe man allerdings nur weiter, und als Land könne man wegen der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems keine Bedingungen daran knüpfen. Wenn es gelinge, die Ausfälle im Bereich der Privatradios aufzufangen, könne man im Gegenzug aber darauf drängen, sich um eine Beschäftigungsgrundlage für freie und feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bemühen. Man belasse es aber nicht bei warmen Worten bzw. Ermahnungen, sondern Sorge mittels entsprechender Hilfen für die erforderlichen Grundlagen, schließlich könne man von den Akteuren nichts Unmögliches verlangen. Über den Erfolg dieser Maßnahmen werde man erst später urteilen können.

Die Lokalradios befänden sich nicht erst seit Beginn der COVID-19-Pandemie in einer schwierigen Situation, vielmehr handle es sich um strukturelle Probleme. Da jede erhaltene Redakteursstelle einen Gewinn für den Journalismus im Land darstelle, versuche man im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten unterstützend tätig zu werden. Allerdings könne das Land keine Beschäftigungsgarantie für Privatradios aussprechen und dürfe unter Rücksichtnahme auf die Betroffenen nicht fälschlicherweise den Eindruck erzeugen, es doch zu können.

Im Übrigen würde davon auch ein falsches Signal für andere Branchen ausgehen, schließlich betreffe die Pandemie alle. Erst am Jahresende werde man die Folgen der Ereignisse aus dem Frühjahr erkennen und zu spüren bekommen. Insbesondere das Auslaufen der Kurzarbeit bereite Sorgen. Im Bereich des Journalismus bzw. der Medien versuche man jedenfalls mittels Maßnahmen wie Ausfallfonds oder Bundeshilfen für Radios, möglichst umfassend zu helfen.

b) Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv, Archivwesen)

(Den folgenden Ausführungen liegt eine computergestützte Präsentation zugrunde [s. Anlage 1].)

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) berichtet:

Sehr gerne führe ich aus, was wir mit dem Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr planen. Ich werde mich kurzfassen, weil eine ausführliche Debatte noch folgen wird. Natürlich – das ziehe ich vor die Klammer – beschäftigt die Coronapandemie uns als Haus sehr. Sie betrifft sämtliche Bereiche der Gesellschaft, aber den Kulturbereich besonders, weil viele Einrichtungen im Moment nicht öffnen dürfen – ich denke, das brauche ich hier nicht zu vertiefen. Wir haben uns im vergangenen halben Jahr unentwegt damit beschäftigt und konnten daher nicht die hoffentlich weniger dramatisch verlaufende Zukunft gestalten, obwohl das natürlich unsere Aufgabe ist und auch mehr Freude bereitet als die Gestaltung dieser schwierigen Zeit. An erster Stelle steht immer die Frage, wie wir schnell und effektiv helfen können, wobei wir unsere Maßnahmen natürlich immer an die jeweilige Situation anpassen müssen.

Sämtliche finanzpolitische Rahmenbedingungen sind von Corona geprägt. Die außerplanmäßige Steuerschätzung von Anfang September für das Haushaltsjahr 2021 geht allein für Nordrhein-Westfalen von Steuermindereinnahmen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro aus. Dieses Problem gilt es, zu bewältigen. Zwar ist der Gesamtetat des Landes mit 81 Milliarden Euro trotzdem beeindruckend, aber in diesem Rahmen müssen wir uns auch bewegen können.

Wir wussten schon seit dem Frühjahr, dass es diese existenziellen Herausforderungen für den Kulturbereich gibt, und wir hatten damals auch schon einiges auf den Weg gebracht. Die Wiederaufnahme des Regelbetriebs ab Mai, Juni war nur unter erschwerten Bedingungen möglich, und wir wussten noch nicht, dass wir im November wieder eine große Schließungswelle haben würden.

Wir haben zwei Programme aufgelegt: das Stipendienprogramm „Auf geht’s!“ und den Kulturstärkungsfonds. Im Juli, August haben wir beschlossen, zunächst das Stipendienprogramm zu realisieren, weil wir wussten, dass freischaffende Künstlerinnen und Künstler von der Situation besonders betroffen sind und deshalb schnell etwas kommen musste. Wir haben das vorgezogen und diese Stipendien innerhalb von ungefähr sechs Wochen an die Künstlerinnen und Künstler gebracht. Ich meine, dass wir damit sehr viel erreichen konnten. Wir haben kein Sozialpaket geschnürt, sondern vielmehr eines, das die künstlerische Arbeit zukünftig trägt und bis zum Jahresanfang eine Lösung gebracht hat.

Neben den 105 Millionen Euro für die Stipendien haben wir 80 Millionen Euro für den Kulturstärkungsfonds auf den Weg gebracht, um Kultureinrichtungen dabei zu helfen, ihre Programme durchzuführen. Wegen der stark verringerten Zuschauerzahlen können sie keine Einnahmen im normalen Umfang generieren. Uns und auch mir persönlich war aber sehr daran gelegen, dass es trotzdem Angebote gibt,

und die sind nach und nach immer mehr angenommen geworden. Am Anfang gab es eine gewisse Zurückhaltung, weil die Menschen vorsichtig sind, aber im bescheidenen Rahmen der zu verkaufenden Tickets waren die Häuser dann ausverkauft.

Gemeinsam mit den Bewilligungsbehörden, im Kulturbereich spielen die Bezirksregierungen eine große Rolle bei der Ausreichung der Mittel, haben wir alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die geplanten Projekte zu schützen, indem wir entweder Verschiebungen abgesichert oder Auszahlungen getätigt haben, damit die Einrichtungen in dieser bescheidenen Situation über die Runden kommen. Das werden wir natürlich auch im Jahr 2021 tun. Darüber müssen wir aber immer wieder reden, weil im Moment alles offen ist und keiner weiß, wie es weitergeht.

Besonders wichtig war mir, dass wir trotz dieser riesigen Schwierigkeiten unser Versprechen halten werden, den Kulturhaushalt pro Jahr um 20 Millionen Euro anzuheben; das spiegelt sich auch in diesem Entwurf wider.

Bevor ich auf die einzelnen Maßnahmen eingehe, gebe ich Ihnen einen Überblick über die finanzielle Entwicklung des Einzelplans 06, dessen Gesamtetat sich innerhalb der verabredeten Mittelfristigen Finanzplanung bewegt, was auch für die finanzielle Entwicklung in unserem Bereich gilt.

Die grünen Säulen in der Grafik stellen die Entwicklung der Gesamtausgaben und die blauen Säulen die Entwicklung der Landesausgaben dar; Letztere zeigen also, was wir aus eigenen Mitteln stemmen.

(s. Anlage 1, Seite 3)

Das berechnet sich aus den Ausgaben abzüglich der Einnahmen, zum Beispiel aus Bundesmitteln, die im Bereich der Wissenschaft eine große Rolle spielen.

Insgesamt umfasst der Einzelplan 06 für das Jahr 2021 9,66 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die Kultur werden trotz der Gesamtsituation im Rahmen unserer im Haushaltsjahr 2018 aufgelegten Stärkungsinitiative verstetigt. Wir gehen also genauso vor, wie wir es uns vorgenommen haben.

Es folgt ein hübsches Tortendiagramm, in dem Sie die einzelnen Bereiche sehen können.

(s. Anlage 1, Seite 4)

Es wird Sie nicht wundern, dass die Hochschulen und die Hochschulmedizin, die in diesen Zeiten besonders im Fokus steht, den größten Teil ausmachen. Im Kulturbereich erreichen wir einen Gesamtbetrag von 289,2 Millionen Euro. Damit nähern wir uns unserem Ziel von 300 Millionen Euro, dass wir mit dem Haushalt 2022 überschreiten wollen bzw. werden. Die Ausgaben für den Bereich der Hochschulen und der Hochschulmedizin belaufen sich auf 73 %. Der Bereich der politischen Bildung und Weiterbildung umfasst 1,5 % – das sei hier gesondert genannt.

Natürlich sind auch Bereiche, die Sie nicht so sehr interessieren, wie etwa Beihilfe, Versorgung, Teil der Torte. Auch der Betrieb eines Ministeriums kostet Geld, wenngleich das – wie mir hier notiert wurde – nur 0,4 % ausmacht.

Nach diesem kleinen Überblick über die Gesamtverteilung möchte ich im Folgenden explizit auf die Kultur und die Stärkungsinitiative eingehen und außerdem einen Blick auf das Landesarchiv werfen, das natürlich auch zu uns gehört.

Wie gesagt sind für 2021 289,2 Millionen Euro eingeplant. Damit nichts durcheinandergerät, muss man das genauer betrachten, im vergangenen Jahr gab es nämlich gewisse Sondereffekte. Mithilfe der Mittel, die der Bund uns relativ kurzfristig zugeachtet hatte, haben wir im vergangenen Jahr drei Einrichtungen in den Haushaltsplan mit aufgenommen, wodurch es natürlich zu einer Erhöhung kam. Dabei handelte es sich um das Fotoinstitut, das OWL-Forum und DOMiD. Diese Einrichtungen konnten wir im vergangenen Jahr kofinanzieren, wodurch es zu Sondereffekten kam, aufgrund derer der Vergleich der Jahre sich etwas verwirrend gestaltet. Das Geld ist aber sicher, und an der Umsetzung wird gearbeitet. Ein weiterer Sondereffekt resultierte aus den Mitteln für das Beethoven-Jahr. Das läuft zwar jetzt aus, aber wir hoffen, dass im nächsten Jahr noch einiges im Nachklapp passiert. Jedenfalls war das eine einmalige Erhöhung im vergangenen Jahr. Um die Sondertatbestände bereinigt, haben wir eine Erhöhung von 20 Millionen Euro – und das ist genau das, was wir uns vorgenommen hatten.

Das Ziel der Stärkungsinitiative ist es, die Qualität und Vielfalt in der kulturellen Landschaft zu stärken. Ein wesentlicher Punkt, den wir im konkreten Projektdesign zu verwirklichen versuchen, ist die Planungssicherheit über mehrere Jahre hinweg, damit die Karten nicht von Jahr zu Jahr neu gemischt werden. Das nämlich würde der künstlerischen Arbeit kleinerer Einheiten, wie etwa Freien Theatern oder Tanzgruppen, nicht guttun. In den vergangenen Jahren ist das sehr gut gelungen: Vom Beginn dieser Aktivitäten im Jahr 2018 an haben wir den Kulturetat bis inklusive 2021 um runde 80 Millionen Euro erhöht.

Dieser Aufwuchs war ursprünglich in der Titelgruppe 69 konzentriert, damit wir das in Ruhe gestalten konnten. Dadurch, dass es in den einzelnen Jahren in den jeweiligen Bereichen des Haushaltsplans umgesetzt wurde, ist es jetzt ein bisschen mühsamer zu lesen. Wenn er so beschlossen wird, werden im Haushaltsplan 2021 54 Millionen Euro von den 80 Millionen Euro in die kulturspartenbezogenen Titelgruppen verlagert sein; allein im kommenden Jahr verlagern wir 22,35 Millionen in die jeweiligen Titelgruppen. Es gibt natürlich auch eine Übersicht über diese Verlagerungen, die mit dem Haushalt 21 vollzogen werden; die finden Sie im Erläuterungsband auf Seite 43, da kann man das nachvollziehen. Weil ein Haushalt transparent sein muss, haben wir wohl schon 2018 verabredet, alles, was bereits geklärt und entschieden ist, in die jeweilige Titelgruppe umzusetzen. Wir machen das einfach kontinuierlich weiter. Man sollte dazu sagen, dass sich das auch in den nächsten Haushaltjahren, also auch in 21, widerspiegelt, weil wir – ich sagte es vorhin bereits – eine Reihe von mehrjährigen Programmen auf Kiel gelegt haben, die sich natürlich auch auf die künftige Planung auswirken. Das war es zum Thema „Verlagerungen“.

Hier haben wir ein schönes Tortendiagramm nur zur Kultur.

(s. Anlage 1, Seite 8)

Das muss ich jetzt nicht alles vortragen, diese Charts kriegen Sie zur Verfügung gestellt, um sie in Ruhe betrachten zu können.

Im Haushaltsjahr 21 bleiben unter Berücksichtigung der Aspekte, die ich eben genannt habe, in der Titelgruppe 69 – untechnisch formuliert – noch rund 26 Millionen Euro geparkt, die 2022 langsam zu den jeweiligen Titeln herüberwachsen. Im Zusammenhang mit diesem Bereich möchte ich noch das eine oder andere erwähnen und damit gewissermaßen die Schwerpunkte für 2021 skizzieren.

Wir beginnen mal mit einem sehr wichtigen Thema: der Musikschuloffensive. Damit haben wir schon 2018 angefangen, aber jetzt geht es steil bergauf. Das hat auch damit zu tun, dass wir diese Aufwüchse immer verteilen mussten. Eine Musikschuloffensive, die sich auf geschätzt 180 Musikschulen in Nordrhein-Westfalen bezieht, muss sehr gut vorbereitet werden, damit das am Ende auch an der richtigen Stelle ankommt.

In einem mehrstufigen Verfahren unterstützen wir die Arbeit der Musikschulen. Dabei ist der Landesverband der Musikschulen in Nordrhein-Westfalen für uns natürlich ein wesentlicher Gesprächs- und Arbeitspartner, der das mit uns umsetzt. In einem ersten Schritt wurde bereits 2019 die Förderung der einzelnen Musikschulen, das wurde über die jeweiligen Belegungszahlen ermittelt, um insgesamt 1 Million Euro erhöht. 2020 haben wir auf Grundlage eines mit dem Musikschulverband erarbeiteten Konzepts die Qualitätsentwicklung der Musikschularbeit in den Mittelpunkt gestellt und ein Konzept auf den Weg gebracht, das dem Verband die Einrichtung fachlich besetzter Stellen für ausgewählte Bereiche ermöglicht, die bestimmte regionale Zuständigkeiten haben, um so die fachliche und strukturelle Weiterentwicklung der öffentlichen Musikschulen zu unterstützen.

Vor gefühlt 100 Jahren war ich selbst im Vorstand des Landesverbandes, ich war auch im Vorstand des Bundesverbandes, und deswegen weiß ich, dass die Musikschulen je nach kommunalen Gegebenheiten strukturell natürlich sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Intensive Beratungsarbeit ist für viele ein wichtiger Punkt, denn manche Musikschulen sind sehr klein bzw. in kleineren Orten. Da fehlt es oft an Gesprächspartnern, und deshalb ist Beratung von enormer Bedeutung.

Das haben wir dieses Jahr gemacht, das geht über alle Themenbereiche: Talentförderung; wie man in einem kommunalen Bildungsnetzwerk gut zusammenarbeitet; wie man die Kooperation mit Kindertagesstätten organisiert; Diversität, die in Musikschulen natürlich unbedingt bearbeitet werden muss; Digitalisierung, die derzeit besonders wichtig ist; Kommunikation. Auch Musikschulen müssen sich – das muss ich Ihnen, die Sie alle aus Kommunen kommen, nicht erzählen – im kommunalen Verteilungskampf behaupten können, und das können sie nur, wenn sie gut aufgestellt sind, viele Schüler sowie ein gutes Angebot haben. Dafür braucht es Beratung.

Ab 2021 kommt dann die vorerst abschließende Phase der Musikschuloffensive. Es geht darum, dass wir die Musikschulen in die Lage versetzen wollen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzurichten. Sie wissen vielleicht, dass das an Musikschulen ein heißes Thema ist, da es sehr viele Musikschulen gibt, die hauptsächlich mit Honorarkräften arbeiten. Das hat zur Folge, dass es einen

häufigen Lehrerwechsel gibt. Jeder wird verstehen, dass eine Honorarkraft, die irgendwo eine bessere Stelle ergattern kann, dies auch tun wird. Aus pädagogischer Sicht ist es aber sehr unglücklich, wenn es häufige Lehrerwechsel gibt; das gilt nicht nur, aber auch im Zusammenhang mit Kindern und Musik. Deswegen wollen wir hier vorankommen. Als ich anfang, mich damit zu beschäftigen, konnte ich es auch nicht glauben, aber es gibt Musikschulen in Nordrhein-Westfalen, die buchstäblich keine einzige festangestellte Kraft haben. In den Kommunen war das natürlich immer eine Möglichkeit, das ein bisschen preiswerter zu gestalten. Dafür gibt es immer Gründe, aber wir müssen schauen, dass wir zu anderen Verhältnissen kommen. Das ist der Fokus für die nächsten zwei Jahre.

Die 1 Million Euro, die ich 2019 schon geben konnte, soll in dieses Paket für bessere bzw. langfristige Beschäftigungsverhältnisse einfließen. In 2021 werden wir zusätzlich 2,5 Millionen Euro und im Jahr 2022 noch einmal 4 Millionen Euro drauflegen, um diese Situation endlich ansatzweise zu verbessern. Am Ende werden wir auf 9,9 Millionen Euro kommen, die wir den Musikschulen zur Verfügung stellen. Das bedeutet eine Verdreifachung des Ansatzes, aber das ist auch notwendig. Ich finde nämlich, dass Musikschulen eine sehr zentrale Einrichtung sind.

Ein weiteres Beispiel aus diesem Paket – um noch ein anderes zu nennen – ist das Programm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“, das im kommenden Jahr in seine zweite Phase geht. Wir hatten eine sehr erfolgreiche Konzeptionsphase, die – das wissen Sie – mit einem Wettbewerb begonnen hat, in dem 17 Teams in unterschiedlichen Orten im Land ausgewählt wurden. Die konnten ihre Ideen zum Aufbau der Dritten Orte in der Konzeptionsphase konkretisieren und weiter daran arbeiten, jetzt geht es in die Umsetzungsphase. Welche Projekte in diese Umsetzungsphase aufgenommen werden, entscheidet Mitte November eine Fachjury. Wir waren von der riesigen Resonanz auf die erste Ausschreibung ein bisschen überwältigt und konnten sie nicht annähernd bedienen. Weil wir offensichtlich einen Nerv getroffen haben und es einen großen Bedarf gibt, haben wir gesagt, dass wir noch mehr tun müssen. Die ursprünglich vorgesehene Fördersumme werden wir mittels der Stärkungsinitiative ab 2021 um 1,5 Millionen Euro pro Jahr aufstocken.

Gerade in den ländlich geprägten Regionen sind Dritte Orte genauso wesentlich wie bürgerschaftliches Engagement, da sie ganz entscheidend dazu beitragen, dass es Zugänge zu Kunst und Kultur und somit gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land gibt. Es sollen Modellprojekte zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gefördert und ein Gesamtkonzept erstellt werden, wie wir diesen Sektor stärken und dazu animieren können, sich zu engagieren. Dafür haben wir aus den Mitteln der Stärkungsinitiative 500.000 Euro jährlich vorgesehen, da uns das als ein sehr wichtiger Sektor eines in der Fläche funktionierenden kulturellen Angebots erscheint.

Mit dem Thema „JeKits“ haben wir uns auch sehr ausführlich beschäftigt. Das ist nach wie vor ein zentrales kulturelles Bildungsprogramm, das in Grund- und Förderschulen angeboten wird. Wir konnten erreichen, dass der Etat für das JeKits-Programm erhöht wird; jedenfalls im Entwurf der Landesregierung. Unser Ziel ist

es, in den kommenden Jahren weitere Maßnahmen zur Stärkung des künstlerischen Lernens und der sozialen Teilhabe zu ergreifen und eine Wechselwirkung von JeKits mit der kommunalen Bildungslandschaft zu erreichen. Deswegen verstärken wir da unsere Aktivitäten.

Auch nächstes Jahr gibt es wieder ein Jubiläum: Der Weltkünstler Joseph Beuys hätte seinen 100. Geburtstag gefeiert. Das ist Anlass für rund 20 Museen und Kultureinrichtungen, sich mit einer ganzen Reihe von Fragen zu beschäftigen und sich mit dem Künstler auseinanderzusetzen. Wir haben die Heinrich-Heine-Universität gewinnen können, unter der schlichten Überschrift „Beuys 2021“ eine Reihe von Veranstaltungen für uns zu koordinieren. Der Vorteil eines Ministeriums für Kultur und Wissenschaft ist, dass es einige wirklich gute Querverbindungen gibt.

Der Künstler wird in einer möglichst vielseitigen Art und Weise neu vorgestellt. Er hat für viele heutige Künstler eine große Bedeutung, und sein sehr facettenreiches Leben und Schaffen lohnt einer genaueren Betrachtung absolut. Der Schwerpunkt wird auf Ausstellungen liegen; wenn ich es richtig im Kopf habe, sind es über das Land verteilt neun. Die finden natürlich an Beuys-Stätten wie Kleve, Moyland und Düsseldorf, aber auch anderswo statt. Es wird auch alle möglichen anderen Veranstaltungen aus den Bereichen Vortrag, Musik und Theater geben, die sich mit Beuys auseinandersetzen. Für alle, die sich damit ausführlicher beschäftigen wollen, gibt es bereits die Website beuys2021.de; das ist Work in Progress, man kann ihr aber schon Informationen zu einer Reihe von Veranstaltungen entnehmen.

Natürlich hoffen wir, dass es uns besser ergeht als bei Beethoven und dass man die Veranstaltungen dann auch besuchen kann. Es gibt natürlich eine Reihe von Einzelprojekten, Ausstellungen beispielsweise, die wir in diesem Bereich finanzieren. Die Ausstellungen – ich habe noch einmal auf meinen Zettel geschaut – umfassen immerhin einen Etat von 1,85 Millionen Euro. Außerdem gibt es übergreifende Aktivitäten, um das Thema „Beuys“ zu platzieren, etwa eine Gesamtstrategie im Bereich Marketing usw.

Noch ein paar Worte zum Landesarchiv, über dessen Bedeutung ich Ihnen nicht viel erzählen muss, die kennen Sie alle: Es gibt eine Riesenherausforderung, die etwas mit dem gesamten Umbruch der Medien und der Digitalisierung zu tun hat. Hier ist das Landesarchiv sehr gut unterwegs, aber das muss natürlich unbedingt weitergeführt werden. Es gilt – so die Aussage hier – als ein deutschlandweit führendes Kompetenzzentrum im Hinblick auf technische, aber auch organisatorische Anforderungen an Digitalisierungsprojekte. Das ist für uns also eine ganz wesentliche Einrichtung, die auch beispielsweise sehr gut mit den kommunalen Archiven kooperiert. Pro Jahr werden ca. 5 Millionen Digitalisate hergestellt, teilweise auch mit externen Dienstleistern. Letzten Endes sind sie zur Nutzung bestimmt, denn Archivalien sind empfindlich. Durch die Digitalisate kann man sie nicht nur zur Verfügung stellen, ohne die Originale zu stressen, sondern natürlich auch einen ganz anderen Zugang ermöglichen. Auch dem Archiv kommt ein leichter Aufwuchs zugute. Damit sollen hauptsächlich notwendige bauliche Veränderungen für barrierefreie Zugänge realisiert werden, außerdem gibt es eine weitere Stelle, die im Verwaltungsbereich dringend notwendig war.

Das war ein erster Überblick. Wie gesagt wird uns Corona und alles, was damit an Auswirkungen für die kulturelle Landschaft zusammenhängt, weiter beschäftigen. Wir müssen immer wieder anpassen, was wir gerade tun, aber dazu kann man heute natürlich noch keine wirklich ernsthaften Prognosen abgeben. Wir werden – und das ist mir sehr wichtig – trotzdem über die Zukunft der Kulturlandschaft nachdenken. Obwohl es angesichts der gegenwärtigen Situation so etwas wie eine Schockstarre gibt, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es ein wie auch immer geartetes Leben danach geben wird. Wir dürfen nicht aufhören, darüber nachzudenken.

Ich freue mich auf die Beuys-Projekte. Ich hoffe, dass das so durchführbar ist und vieles davon wahrgenommen werden kann. Ich würde mich natürlich freuen, wenn Sie das, was wir Ihnen hier vorgelegt haben, auch im Parlament unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Bialas [SPD])

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) dankt ihrer Vorrednerin für die Einbringung und bittet darum, nochmals zu erläutern, wofür genau man den Etat von 500.000 Euro vorsehe.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erläutert, dass man in der Fläche nicht nur das Programm für die Dritten Orte, das naturgemäß nur bestimmte Orte umfasse, umsetzen wolle, sondern mit Blick auf das Ehrenamt, das gerade im ländlichen Raum eine große Rolle spiele, ein Gesamtkonzept für den Kulturbereich erstellen und Einzelprojekte anstoßen werde.

c) Weiterer Beratungsverlauf

Vorsitzender Oliver Keymis befürwortet, dass auch in diesen Zeiten einfach weitergemacht werde. Die Regierung nutze den vom Landtag beschlossenen Kreditrahmen und stelle 185 Millionen Euro plus 32 Millionen Euro für die Bewältigung der Krise zur Verfügung. Im Hinblick auf die Hilfen im Zusammenhang mit der Coronapandemie stehe Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze, selbst das bei der Kulturförderung sonst sehr engagierte Bayern könne da momentan nicht mithalten. Hinzu komme, dass hier auch die technischen Abläufe besser funktionierten.

Für die Organisation der Hilfen für die Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Wochen und Monate gebühre dem MKW der Dank des Ausschusses, den man bitte den nachgeordneten Behörden, insbesondere den Bezirksregierungen, übermitteln möge. Natürlich werde auch diskutiert und gemeckert, aber das gehöre zur Kulturszene mit ihren besonders sensiblen Akteuren dazu.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, für den 13. November 2020 zwischen

8:30 Uhr und 10 Uhr eine zusätzliche Sitzung anzusetzen, um die zweite Beratung über den Haushaltsplan und die Finanzplanung durchführen zu können.

Vorsitzender Oliver Keymis weist darauf hin, dass etwaige Fragen der Fraktionen zu den vorgestellten Kapiteln der Einzelpläne bis zum 10. November 2020, 15 Uhr bei der Ausschussassistenz einzugehen hätten, damit die Landesregierung sie in der soeben beschlossenen Ausschusssitzung beantworten könne. Man möge berücksichtigen, dass diese an einem Plenartag stattfinde und es daher nur wenig Spielraum für Debatten gebe.



EINFÜHRUNG IN DEN HAUSHALTSPLAN- ENTWURF 2021 EINZELPLAN 06

Ministerin für Kultur und Wissenschaft

Ausschuss für Kultur und Medien, 06.11.2020

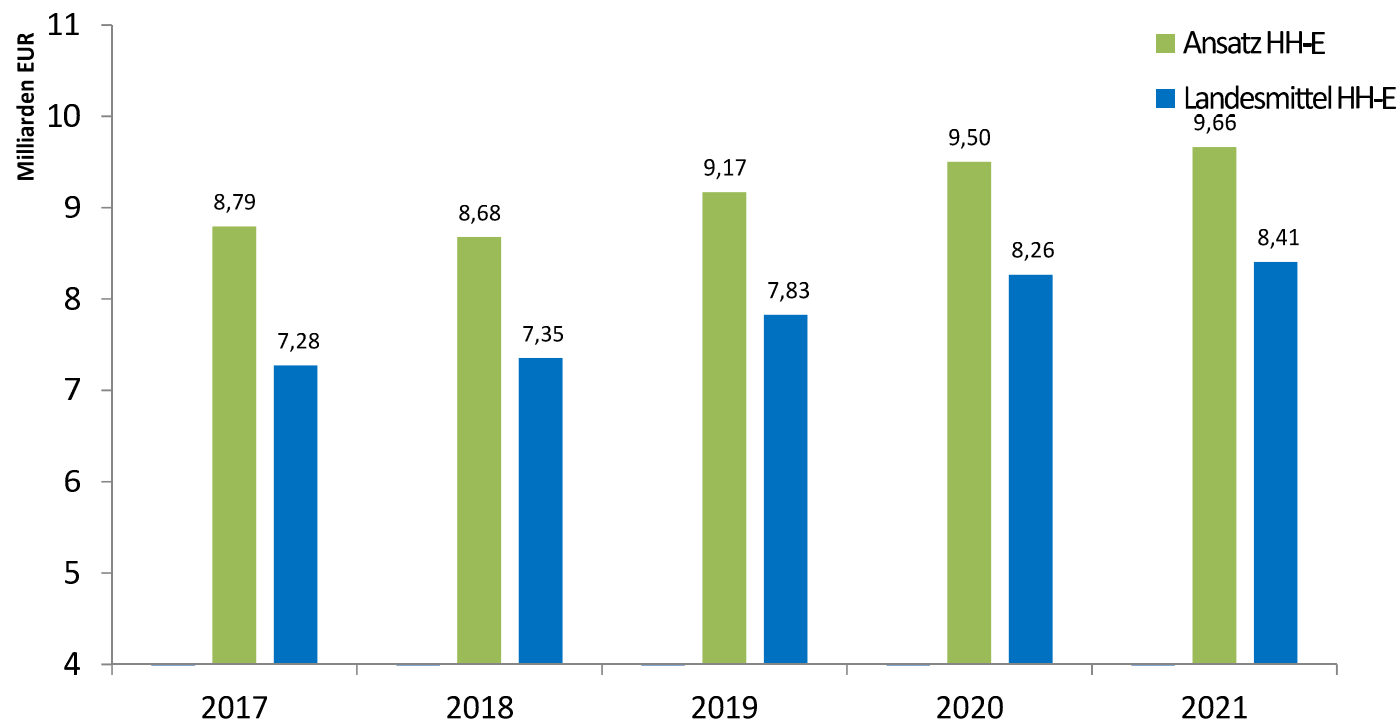
Kulturstärkungsfonds und Stipendienprogramm „Auf geht’s!“



- Soforthilfemaßnahmen im Kulturbereich:
 - Kulturstärkungsfonds
 - Stipendienprogramm „Auf geht’s!“
- Sicherung der etablierten Strukturen

Einzelplan 06 in den Jahren 2017 bis 2021

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

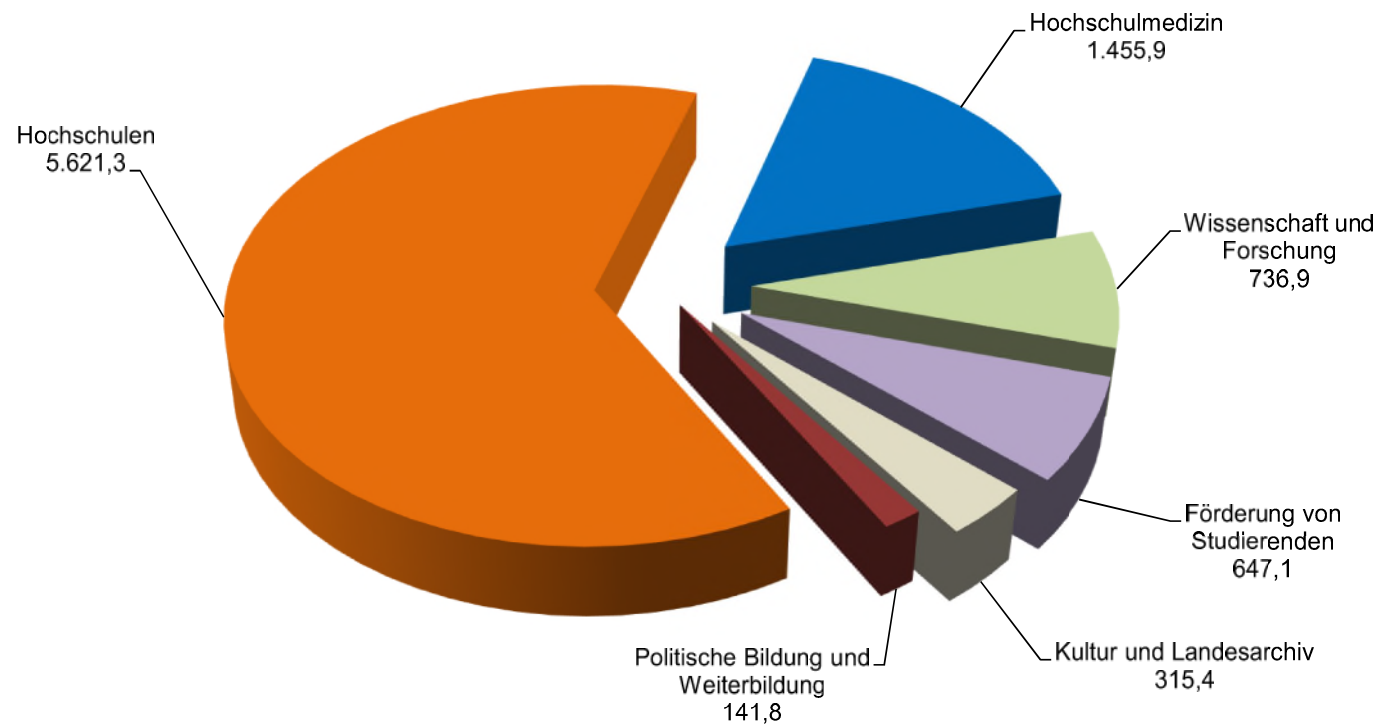


2021: Entwurf

Einzelplan 06 – Entwurf 2021

Einzelplan 06 Entwurf 2021 nach Themen

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Angaben in Mio. EUR

Einzelplan 06 – Entwurf 2021

Einzelplan 06 im Ausschuss für Kultur und Medien

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



01 Kultur

02 Landesarchiv

01. Kultur



Gesamtetat Kulturförderung:

289,2 Mio. €

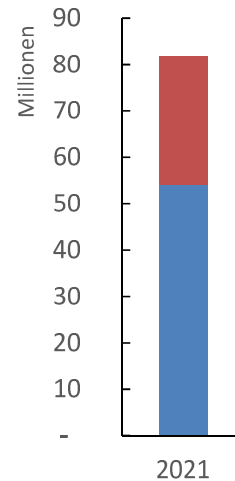
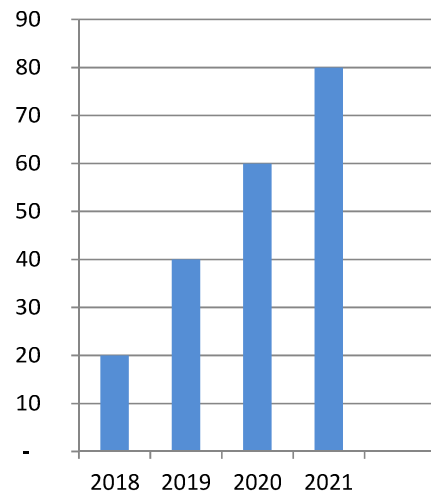


- Stärkungsinitiative Kultur: Sachbezogene Verlagerung in die Titelgruppen
- Übersicht der Titelgruppen

01. Kultur



Stärkungsinitiative Kultur: Sachbezogene Verlagerung in die Titelgruppen



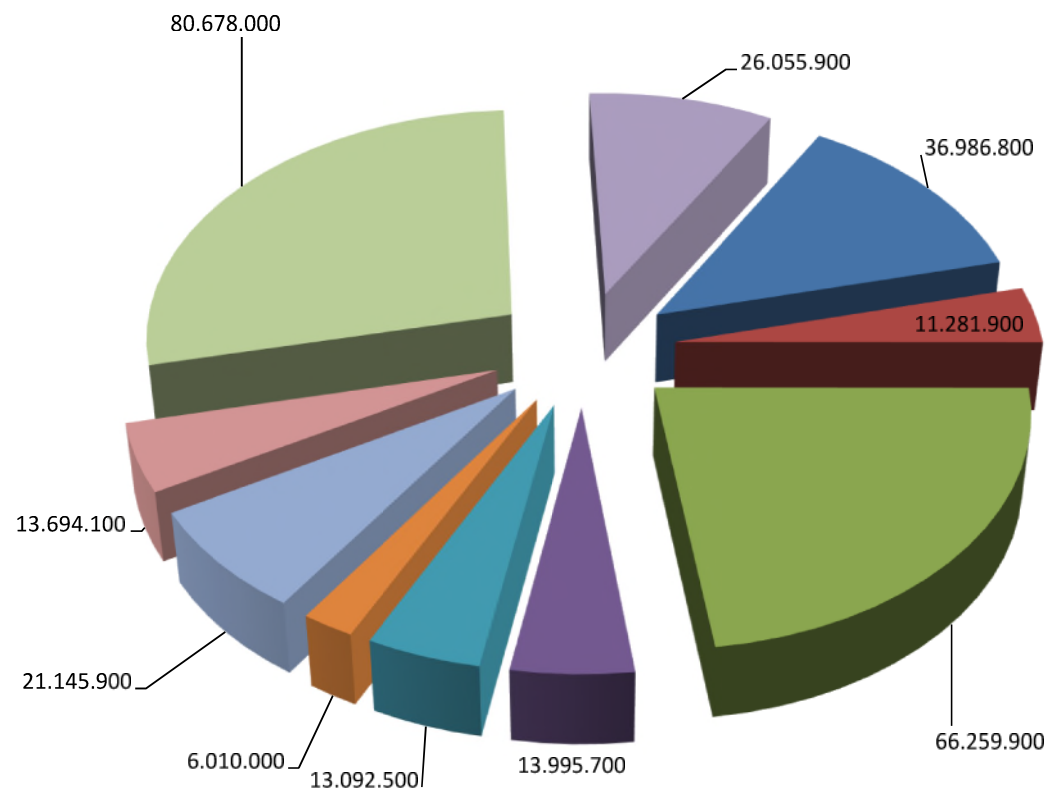
- in TG 69 verbleibend: rd. 26 Mio. EUR
- mit dem Haushalt 2021 rd. 54 Mio. EUR verlagert

Geplanter Gesamtaufwuchs
der Stärkungsinitiative Kultur

Mittelzuordnungen
im Haushaltsjahr 2021

Einzelplan 06 – Entwurf 2021

01. Kultur



- TG 60 Musikförderung
- TG 61 Förderung bildende Kunst, Medien und Filmkultur
- TG 62 Theater
- TG 63 Bibliothekswesen und Kulturgüter
- TG 64 Kinder und Jugendliche
- TG 65 Kreative Ökonomie und Kulturhauptstadt
- TG 66 Allgemeine und regionale Kulturförderung
- TG 67 Kulturbauten
- TG 68 Einrichtungen
- TG 69 Stärkungsinitiative

Einzelplan 06 – Entwurf 2021

www.mkw.nrw

02. Landesarchiv

Gesamtetat Landesarchiv:

26,2 Mio. €



Foto: LAV, kundn.de

- Archivierung elektronischer Unterlagen
- Investitionen zur Schaffung eines Barrierefreien Zugangs
- Zusätzliche Stelle



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

